

Spangenberg Zeitung.

Amtslicher Anzeiger
für die
Stadt Spangenberg.

ersch. wöchentlich zweimal:
Freitag und Sonnabend nachmittags.
Abonnement vierteljährlich 1.20 Mk.,
halbjährlich 2.40 Mk., jährlich 4.80 Mk.,
durch den Briefträger gebracht.
1.20 Mk., monatlich 40 Pfg.

Allgemeiner
für Stadt

Telefon Nr. 27.

Schriftleitung, Druck u. Verlag



Anzeiger
und Land.

Telefon Nr. 27.

Hugo Münzer, Spangenberg.

Amtsblatt
für das

N. Amtsgericht Spangenberg

Anzeigen-Gebühr:

Die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg.
für auswärtige 20 Pfg., Restzeile 30 Pfg.
Bei größ. Aufträgen entsprechenden Rabatt.
Anzeigen bis Form. 9 Uhr erbeten.

Nr. 42.

Donnerstag, den 27. Mai 1920.

13. Jahrgang.

Amtslicher Teil.

Mahlkarten.

Die Mahlkarten für die Zeit vom 16. Juni bis 15. Juli sollen angefertigt werden.
Die Selbstverwalter haben Veränderungen die auf die Änderung der Karten von Einfluß sind (Ab- und Zuzug von Personen usw.), bis zum 28. Mai mittags 12 Uhr in der Stadtschreiberei zu melden.
Spangenberg, den 20. Mai 1920.

Der Magistrat.
Scher.

Prämienzahlung für Milchablieferung.

In Gemäßheit meiner Anordnung über Erzeugerhöchstpreise für Milch vom 10. Januar 1920 Nr. 53 (Amtsblatt Nr. 14) wird das in § 1 Absatz c für etwaige Prämienzahlungen zu Grunde gelegte Ablieferungslohn von 2 Litern die Zeit vom 16. Mai bis 15. August 1920 in Höhe von 8 Litern festgesetzt. Soweit erforderlich ist den beteiligten hiervon Kenntnis zu geben.
Cassel, den 5. Mai 1920.

Der Regierungs-Präsident.

Milch- und Kinderstiefel für Minderbemittelte.

Zur Versorgung Minderbemittelter sind dem Kreise folgende Stiefel zu beschaffen:
Mädchenstiefel Größe 31—35 Preis 50 Mk.
Kinderstiefel 27—30 Preis 40 Mk.
Die Abgabe der Schuhe erfolgt gegen Bezugscheine des Schuhgeschäftes von G. L. Wenzel in Melungen Nr. 14, auf Grund der vorgeschriebenen, von der Gemeindegemeinschaft auszufertigenden Bedürftigkeitsbescheinigung.
Melungen, den 12. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Wegfall von Milchkarten für Kinder.

Da in einzelnen Gemeinden nicht genügend Milch zur Versorgung der Kranken und Säuglinge aufgebracht wird, beschließt die Kreispolizeibehörde, die Ausgabe der Milchkarten für Kinder von 5—10 Jahren aufsehende Milchkarten.
Melungen, den 12. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Erhebung von Gebühren für die Freigabe von Baumaterialien.

§ 1. Für die Prüfung und Bewirtschaftung der Baumaterialien Baustoffe sind nachstehende Gebühren zu erheben:

A. Für Neu-, Um-, Auf- und Ausbauten für Wohnzwecke:

Lehmsteine (einschl. Lehmsteine) für je 1000 Stk. 1.50 Mk.

Zement und Zementkalk von 300 Kg. ab je 0.60 Mk. für 1000 Kg.

Lehm und Zementkalk von 400 Kg. aufwärts je 0.45 Mk. für 1000 Kg.

Lehm und Zementkalk von 2000 Stück ab je 0.45 Mark für 1000 Stück.

B. Am- und Erweiterungsbauten für gewerbliche Zwecke:

Lehmsteine (einschl. Lehmsteine) 0.45 Mk. für je 1000 Stk.

Zement und Zementkalk, 1.50 Mk. für 100 qm Dachfläche.

Zement und Zementkalk, 1.—Mk. für je 1000 Kg.

Lehm, 0.75 Mk. für je 1000 Kg.

Lehm und Zementkalk, 0.75 Mk. für je 1000 Stück.

2. Vorstehende Gebühren sind bei allen Bauvorhaben für die eine baupolizeiliche Genehmigung erforderlich, zur Erstellung des Bauerlaubnischeines zu zahlen. Materialien, die nicht für die baupolizeilich genehmigten Arbeiten verwendet werden, wird der Gemeindegemeinschaft erst nach Zahlung der Materialprüfungsgebühren ausgehändigt.

3. Bei der Kleinabgabe und zwar

1000 Badsteine, Lehmsteine oder sonstige künstliche

Lehmsteine,

300 Stück Biberstängel oder 100 Stück Pfannen,

oder Zementziegel,

oder 300 Kg. Zement,

4. bis 400 Kg. Kalk und
5. bis 2000 Kg. Drainröhren
werden nur die Formularuntkosten (zur Zt. 20 Pfg. für das Stk) erhoben.

Melungen, den 5. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Aus der Heimat.

Spangenberg, 26. Mai. Deutsche Volkspartei. Gestern Abend hielt im Vertrauenssaal eine außerordentlich starke Zuhörerschaft Herr Landesrat Schrader aus Kassel einen Vortrag über „Die Deutsche Volkspartei und ihre Stellung zum Wiederaufbau unseres deutschen Vaterlandes.“ Der Redner gab in großen Zügen einen Überblick über unsere jetzige traurige wirtschaftliche und politische Lage und legte die Richtlinien dar, zu welchen sich die „Deutsche Volkspartei“ bekennet, um von ihrer Seite aus zum Wiederaufbau des Vaterlandes mitbeizutragen. Er betonte stark dabei, daß hierzu grundsätzlich alle Parteien mitherangezogen werden müßten, welche den guten Willen hätten, dabei mitzuhelfen, und daß es sich die „Deutsche Volkspartei“ als Vertreterin des Mittelstandes zur besonderen Aufgabe mache, die Gegensätze zwischen rechts und links nach Möglichkeit zu mildern, um sich auf dem goldenen Mittelwege zu fruchtbringender Tätigkeit zu finden, zum Wohle des Vaterlandes und der Allgemeinheit. Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Interesse aufgenommen und am Schluß mit lebhaftem Beifalle belohnt. An der sich daran anschließenden Aussprache, die sich dank der verständigen Mäßigung aller Beteiligten in ruhigen, sachlichen, sachlichen Bahnen bewegte, beteiligten sich Vertreter der demokratischen und sozialdemokratischen Richtung, zu deren Bemerkungen dann Herr Landesrat Schrader in einem Schlußworte gebührend Stellung nahm. Mit diesem Vortrage hat sich die „Deutsche Volkspartei“ nun auch in Spangenberg in weiteren Kreisen eingeführt und sie erwartet von ihren Anhängern und Freunden, daß sie alles aufbieten werden, um ihr am 6. Juni zu der Stellung zu verhelfen, welche ihr zukommt, zum Heile des Vaterlandes und seiner Bürger.

Heimatfreude. In treuer Liebe und Anhänglichkeit gedenkt der vor 11 Jahren nach Nord-Amerika ausgewanderte Herr Karl Jenner, Sohn des hiesigen Privatmannes Otto Jenner, in dieser für viele so schweren und armen Zeit seiner Heimat. Seinen Bemühungen ist es zu verdanken, daß verschiedene Sendungen amerikanischer Liebesgaben, bestehend in Lebensmitteln und Kleidungsstücken den Weg nach Spangenberg fanden. Sie wurden von seinen hiesigen Angehörigen im Sinne der Stifter an hiesige Einwohner verteilt. Unsere Volksschule wurde mit 50 Mägen bedacht, die vor einigen Tagen an die Knaben verteilt wurden. Die Kinder wurden von der Herkunft der schönen Mägen unterrichtet und brachten auf den deutsch-amerikanischen Wohltäter ein donnerndes „Hoch“ aus. Auch an dieser Stelle sei Herr Karl Jenner für treues und sein praktisches Gedenken der Heimat herzlichst gedankt.

Die Spangenberg Jugendherberge und deren Eröffnung. In unserem Städtchen wurde vom Ausschuss für Deutsche Jugendherbergen eine Jugendherberge eingerichtet. Die Stadtverwaltung hat in dankenswerter Weise den geräumigen Rathausaal, zu diesem schönen Zweck hergegeben. Es wurden hier 19 Betten, in denen 38 Schüler schlafen können, aufgestellt. Nach den Bestimmungen der Hausordnung findet Aufnahme, die gesamte unter einem älteren und verantwortlichen Führer wandernde deutsche Jugend beiderlei Geschlechts, vom Volksschüler bis zum Hochschüler, sowie die schulentlassene Jugend bis zum vollendeten 20. Lebensjahre. Auch Einzelwanderer im Alter von 16—20 Jahren ist die Herberge zugänglich. Die Jugendherberge darf auch mehrere Tage hindurch als Erholungs- oder Ferienheim benutzt werden, sofern sie nicht von einer neu zuwandernden Schar in Anspruch genommen wird. Gemischte Wandergruppen werden nicht aufgenommen. Die Herberge muß sich selbst erhalten; deshalb wird ein Kopfgeld von 50 Pfg. für das Lebensalter unter 14 Jahren und 1.—Mk. für die über 14 Jahre alten Wanderer erhoben. Die Jugendherbergen sollen unserer Jugend das ermöglichte Wandern in einfacher und billiger Art ermöglichen, damit die heranwachsenden Geschlechter die engere Heimat und das große Vaterland aus eigener Anschauung kennen lernen und

lieb gewinnen und damit der Jungbrunnen der Wanderer der Jugend aller Stände zugänglich werde zur Hebung der Volksgesundheit, Volkskraft und Wahrhaftigkeit. — Vertrauensmänner der Herberge sind Hauptlehrer Frischfort und Lehrer Heinlein. Die Ankunft jeder Wandergruppe ist unter Befugung des Rückports frühzeitig, möglichst 8 Tage vorher, anzumelden. Dabei sind anzugeben: Name des Führers, Zahl und Geschlecht der Teilnehmer, Bezeichnung der Schulanstalt oder des Jugendvereins sowie Ankunftszeit. Das Unterbleiben der Wanderung oder ein späteres Eintreffen sind unbedingt anzugeben, möglichst drastisch. Von mehreren Gruppen hat die Vorrang, deren Anmeldung zuerst einging. Am 2. Pfingsttag wurde die Herberge zum erstenmale bezogen. 49 Kasserler Volksschüler unter Führung des Turninspektors Buchenau und der Lehrer Hördemann und Wittrodt klopfen an ihre Pforte und begehrten Einlaß. Sie wurde ihnen bereitwillig geöffnet. Hauptlehrer Frischfort hieß die erste Wandergruppe namens der Stadt herzlich willkommen und verlas folgenden poetischen Willkommengruß unseres Bürgermeisters:

Spangenberg grüßt die Jugendschar
Und bringt ihr Willkommen und Handschlag dar.
Das Städtchen öffnet seine Arme weit,
Dem Wanderer es eine Freistadt deut.
Durchkreuzt ihr Waben die heffischen Gau'n,
Die Berge, die Wälder, die Schloffer zu Schau'n
So lehr in unsere Herberge ein!
Ihr sollt stets auf uns willkommen sein.
Im Geiste in eurer Mitte ich weill!
Der wandernden Jugend ein dreifach Heill!

Turninspektor Buchenau dankte in warmen Worten der Stadt Spangenberg für ihre Gastlichkeit. Die jungen Wanderer fargen hier auf ein schönes Lied zum Preise des Hessenlandes. — Möge die Einrichtung unserer Jugendherberge vielen zum Segen werden!

Die Einkommensteuer, die bekanntlich nach der Steuerreform vom Reich und nicht mehr von den Einzelstaaten und Kommunen erhoben wird, wird dieses Jahr noch auf Grund der Veranlagung zu der bisherigen einzelstaatlichen Einkommensteuer erhoben. Eine neue Einschätzung für das Jahr 1920 erfolgt also nicht. Auch findet bei Beamten usw. der Steuerabzug noch nicht an der Quelle statt. Eine Neuveranlagung für das Jahr 1920 wird so erfolgen, daß das tatsächlich gefamte ver-einnahmte Einkommen versteuert wird. Da nun in den neuen Reichsteuersätzen die unteren Einkommenklassen besser gestellt sind, als in der Preussischen Einkommensteuer wird das, was evtl. auf Grund der alten Einkommensteuer dieses Jahr zu viel gezahlt wird, das nächste Jahr gutgeschrieben werden.

§ Anmeldungen von Wertpapieren, Gesellschaftsverträgen und sonstigen rechtsverbindlichen Urkunden. Die Handelskammer zu Cassel weist darauf hin, daß Wertpapiere, Zertifikate, Gesellschaftsverträge und sonstige rechtsverbindliche Urkunden, die sich auf Güter, Rechte und Interessen in dem Gebiet des britischen Reichs, Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens, Boliviens, Brasiliens, Quatemas, Perus, Polens, Siam, der Tschecho-Slowakei, Uruguays, Kubas, des Serbisch-Kroatisch-Slowenischen Staates, Griechenlands und Portugals sowie der Kolonien, Besitzungen und Protektoratsländer dieser Staaten beziehen, bis zum 31. Mai 1920 anzumelden sind. Vordrucke sind von der Handelskammer und von der Reichsbankstelle Cassel anzufordern.

Die neuen Seifenpreise. Eine Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 12. Mai setzt neue Höchstpreise für Seife fest. Danach dürfen die Preise für fett-haltige Badmittel 1. bei K. A.-Seife einschl. Packung für 1 Stück von 50 Gramm 1 Mk., für 1 Stück von 100 Gramm 2 Mk., 2. bei R. A.-Seifenpulver einschließlich Packung für je 250 Gramm 3.50 Mk., 3. bei Kernseife und sonstiger Seife in schmitzbarer Form, mit Ausnahme von Feinseife, a) für ein Stück mit einem Fettsäuregehalt von 90 Gramm 5 Mk., b) für ein Stück mit einem Fettsäuregehalt von 180 Gramm 10 Mk., 4. bei Feinseife einschl. Packung 50 Mk. für 1 Kilo 5, bei Schmirseife, mit Ausnahme der in Apotheken abzugebenden Kaliseife, mit einem Gehalt an Fettsäure von 38 und mehr v. S., 23 Mark für 1 Kilo nicht überlegen. Die neuen Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes. Der Ueber-nachungsausschuss der Seifenindustrie ist berechtigt, für die nach seiner Weisung hergestellten Seifen und Seifenpulver besondere Preise festzusetzen.

Die Wirtschaftskrise wächst.

Keine weiteren Lohnverhöhnungen?

Wolfs Telegraphenbüro verbreitet folgende Kundgebung: Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrer Ausschusssitzung am 20. Mai in eingehender Aussprache die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands erörtert. Sie hält es für ihre dringende Pflicht, den ersten Mahnruf an sämtliche ihr angeschlossene Arbeitgeberverbände zu richten, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen. Die Preise der deutschen Erzeugnisse haben die Weltmarktpreise umgekehrt erreicht, zum Teil bereits überschritten. Schon heute fließt überall der Absatz. Eine abermalige Steigerung der Herstellungskosten durch weiteres Aufschwellen der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Wertenerkung der Preise muß zur Katastrophe führen und damit unabweisbares Elend über alle Kreise des deutschen Volkes, nicht zuletzt der Arbeitnehmer, bringen. Den Arbeitnehmern selbst ist auch mit der reinen Steigerung der Löhne und Gehälter ungenügendermaßen nicht gebiet. Ihnen wie der ganzen deutschen Wirtschaft kann nur geholfen werden durch vermehrte und verbilligte Produktion, die allein und durch sich eine Senkung der Preise bewirken kann.

Die Entschädigung weist mit Recht auf die Wechselwirkungen der ewigen Lohnverhöhnungen und Preissteigerungen hin. Aber abgesehen davon, daß die Preissteigerungen auch eine Reihe anderer Ursachen als die Lohnsteigerungen hatten, ist es klar, daß vor allem eine Verabfolgung der Preise für den Konsumenten erfolgen muß. Dem Preisabbau ist die Vorbedingung des Lohnabbaus. Wird erst das Leben billiger, dann wird auch das Verlangen nach Lohnverhöhnungen ausbleiben. Greußlicherweise zeigen sich schon einige Anzeichen von Preisabbau, allerdings erst vereinzelt. Hält die sinnende Tendenz der Preise an, so wird ganz von selbst eine Stokung der Lohnverhöhnungen eintreten.

Kassenhafte Zurückziehung von Aufträgen aus dem In- und Auslande.

Das beste Zeichen dafür, daß viele deutsche Erzeugnisse die Weltmarktpreise erreicht, ja zum Teil schon beträchtlich überschritten haben, ist die Abmilderung von zahlreichen ausländischen Aufträgen. Also nicht nur abwärtsende Zurückhaltung, sondern auch Zurückziehung von Aufträgen im In- und Auslande, so daß z. B. in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie weitere umfangreiche Betriebseinsparungen unvermeidlich geworden sind.

Die allgemeine deutsche Wirtschaftskrise macht sich naturgemäß vor allem in den Industrieländern Sachsen und Thüringen bemerkbar. In der sächsischen Textilindustrie der Textilindustrie, die sich überwiegend auf die Ausfuhr eingestellt hatte, macht sich die rückläufige Bewegung am stärksten fühlbar. In der Metallindustrie sind die Aufträge von Fertigfabrikanten, besonders landwirtschaftlichen Maschinen, bedeutend zurückgegangen. In der Holzindustrie haben die übertriebenen Abbedrücke zusammen mit der Besserung des Marktkurses gleichfalls zu Absatzrückgängen geführt. Die Magazine sind überfüllt.

Da das Publikum nicht mehr kauft.

In der Thüringer Maschinenindustrie zeigt sich ein starkes Nachlassen des Geschäftsganges. Die Zurückhaltung der Käufer soll dort besonders darauf zurückzuführen sein, daß Belgien bedeutend billiger liefert als Deutschland. Viele Besteller haben deshalb ihre Gewehraufträge zurückgezogen. Die Schussfabriken in der Provinz Sachsen haben unter dem Mangel an Aufträgen sehr zu leiden.

Anfolge der Betriebseinsparungen ist es hier und da schon zu erheblichen Arbeiterentlassungen gekommen, so daß die Zahl der Arbeitslosen sich vermehrt hat. Ihren Grund hat die rückläufige Bewegung, die, wenn nicht alle Anzeichen trügen, sich in den kommenden Wochen noch verschärfen wird, wie überall in der verminderten Kaufkraft, vor allem aber auch in der Hoffnung des Publikums auf billigere Preise und der damit zusammenhängende Zurückhaltung.

Wie es in Rußland aussieht.

Zwölf-Stunden-Tag und allgemeine Arbeitspflicht.

Mehrere englische Blätter verzeichnen in London umlaufende Gerüchte über eine politische Neuorientierung der Sowjetregierung. Danach hätten sich Lenin und Trotzki zur Bildung einer demokratischen Regierung entschlossen. Ferner ist der britischen Presse ein Telegramm aus Rußland zugegangen, wonach der aus der Kriegszeit bekannte russische General Brussilow vorläufig die oberste Gewalt an sich genommen habe und die Volkstommissare erst in zweiter Linie mitzusprechen hätten.

Diese beiden Meldungen sowie viele andere Anzeichen deuten auf einen ernsthaften Umschwung in Rußland hin. Er ist das Ergebnis einer längeren Entwicklungsphase, deren Anfang bereits im Oktober 1917 bis Frühjahr 1918 verliefen die Bolschewiki ihr ursprüngliches Programm in den Betrieben durchzuführen. Aber schon seit April 1918 beginnt die Reaktion dagegen. In seiner am 29. April 1918 in der Sitzung des Allrussischen Zentralen Volksrates der Sowjets gehaltenen Rede, wobei die nächstliegenden Aufgaben der Sowjetmacht verlangt, Lenin die Wiederherstellung des Allrussischen, des Taylor-Systems, der differenzierteren Löhne, die Einführung einer strengen Disziplin in den Betrieben und die Anpassung der Löhne an die allgemeinen Arbeitsergebnisse einer Fabrik — alles Dinge, die gegen die ursprünglich verkündeten Grundsätze der allgemeinen Gleichheit, der gleichen Löhne usw. verstoßen.

In den letzten Monaten des Jahres 1919 wurde der nächste Schritt getan. Man erörtere in offiziellen Blättern die Abschaffung der Arbeiterräte. Am 19. November schrieb der Arbeitskommissar Schlabudnik in dem offiziellen Organ des Obersten Rates für Volkswirtschaft, „Ekonomscheskaja Schisn“ (Das Wirtschaftswort):

„Die Sanitärfrage für die schwere Lage, in der sich die russische Industrie befindet, ist das Fehlen jeglicher Disziplin und Ordnung in den Fabriken. Die Arbeiter- und Fabrikkomitees, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Fabriken eingesetzt waren, haben der allgemeinen Sache nur geschadet, sie haben die letztere der Disziplin unterworfen und haben außerdem das Fehlen der Disziplin gründlich gepflegt. Alle diese Umstände haben uns gezwungen, die Arbeiterräte abzuschaffen und an die Spitze der wichtigsten Betriebe Diktatoren mit unumstößlichen Befugnissen über Leben und Tod der Arbeiter zu setzen.“

Im Januar 1920 wurde in der offiziellen bolschewistischen Presse folgendes Dekret der Sowjetregierung veröffentlicht:

„Die Arbeiterräte und die Komitees der Fabrik delegierten, die zur Sicherung der Ordnung in den Betrieben der Produktion geschaffen worden sind, hatten in den letzten Jahren große Schäden zur Folge. Sie veranlaßten eine Demoralisation der Arbeiter und eine vollständige Zerrüttung der Industrie. Angesichts dieser Umstände sehen wir uns gezwungen, die Arbeiterräte abzuschaffen.“

Aber man ging noch weiter: Trotzki erklärte auf seiner Sitzung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, daß Arbeitsfreiheit nur in der bürgerlichen Gesellschaft, nicht aber in der kommunistischen Staat vorkommen kann, die allgemeine Arbeitspflicht der Männer und Frauen

musse sofort eingeführt werden und gleichzeitig alle lernten Arbeiter, die eben in der Roten Armee dienen, für wirtschaftliche Arbeiten verwendet werden. Da Widerstand zu erwarten sei, müsse dieses Projekt durch militärische Zwangsmittel durchgesetzt werden. Die Petersburger bolschewistische Partei (Die „Wahrheit“) tritt in ihrer Nummer vom 25. Januar ebenfalls für diesen Plan ein und erklärt, die wirtschaftliche Unabhängigkeit Sowjetrußlands könne nur durch derartige Maßnahmen gewahrt werden.

Im Februar schritt man zur Einführung des 12-Stunden-Tages (1), wenigstens in einzelnen Betrieben. Die Petersburger „Krasnaja Gaseta“ (Die rote Zeitung) schreibt in ihrer Nummer vom 15. Februar: Bei immer mehr industriellen Unternehmen haben die Arbeiter beschloffen, 12 Stunden pro Tag zu arbeiten. Früher unter dem zaristischen Regime wären sie unter keinen Umständen freiwillig darauf eingegangen.

Gleichzeitig meldet die „Krasnaja Gaseta“ von der „freiwilligen“ Einführung des 12-Stunden-Tages in den Magnitogorischen Werksstätten für die Herstellung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen und spricht die Erwartung aus, daß andere Fabriken diesem Beispiel folgen werden.

Es ist natürlich klar, daß es sich hier nicht um einen freiwilligen Entschluß der Arbeiter handelt, sondern, daß die vorhererwähnten „freiwilligen“ bei dem Zustandekommen dieser „freiwilligen“ Entschlüsse von entscheidender Bedeutung gewesen sind. Wie es um diese „freiwilligen“ Entschlüsse der Arbeiter steht, wird übrigens durch folgende Notiz der offiziellen Moskauer „Wesetschna“ (Nachrichten) in ihrer Nummer 91 vom 29. April trefflich illustriert:

„Der Kampf, den die bolschewistische Organisation der Eisenbahner gegen die Zerrüttung des Transportsystems führt, hat die Durchführung des Reglements über die 12-Stunden-Tagen gute Dienste geleistet, ebenso die Besetzung der Simultanen, die Einführung des Arbeitsplans, die Bekämpfung von Überstunden, die Verhinderung einer Vorkant als Prämie für Überstunden, die Bekämpfung der Zerrüttung durch Einführung von Nacharbeiten der Kommunisten, die Kontrolle der Müll usw.“

Auflösung — Arbeitspflicht — Streikverbote — militärische Maßnahmen — 12-Stunden-Tag — Abschaffung der Arbeiterräte — Überwachung durch kommunistische Müll — Disziplinarstrafen — Bekämpfung der Simultanen usw., das zeigt von einer Situation, die mit größter Kraft auf eine Lösung drängt.

Der Einmarsch in Persien.

Englands Bedrohung durch den Russeneinbruch in Persien.

Laut Nachrichten aus Konstantinopel sind aus Berlin Meldungen eingegangen, die die ernste Lage dieses Landes schildern. Persische Blätter weisen auf die große Ähnlichkeit zwischen den Lehren des Bolschewismus und dem Bolschewismus hin und bezeichnen die Bolschewisten als die geistigen Freunde der Perser, das nützliche Joch aber als eine stete Gefahr und Schande für Persien. Lenin wird mit Mohammed verglichen. Frühere antienglische Angriffe sind nicht nur in Teheran sondern auch in anderen Städten des Landes ausgedehnt, so daß die englische Besatzung zur Unterdrückung der Bewegung nicht mehr hinreichte. Dabei schärfen sich die bolschewistischen Truppen in Fabriken der Stadt und sein Gefolge bereiten sich auf die Flucht nach dem Süden vor. Die persische Gendarmerie verzweifelt den sie befehligenden schwedischen Offizieren an Gehorham.

Unglück Mesopotamien bedroht.

Verlustige Tende“ erfährt aus London: Die Nachrichten über das bolschewistische Unternehmen in Persien laufen nur schlecht ein. Man weiß jedoch, daß die Bolschewisten, deren Stärke ursprünglich nur auf eine Division veranschlagt wurde, in Wirklichkeit über 10 000 Mann verfügen, wozu noch ein Teil der kaukasischen Truppen Kubratsins kommt. Nicht nur Nord-

persien, auch Mesopotamien wird bedroht. Die türkischen über 70 000 Mann starke Truppen sind im größten Teil indischer Besatzung über die Provinzen betrachten kommenden großen Bezirk sehr zurückgezogen. Einzelne Abteilungen so weit von der Grenze entfernt, daß die Bolschewiki sie leicht abschneiden können.

Die rote Fahne über Trabesund.

Nach einer Meldung des Daily Telegraph Konstantinopel sind sechs französische Bataillone in Trabesund in den Trümmern der Stadt in Anatolien, darunter die rote Fahne gehißt worden.

Zürkische Überfall auf eine französische Garnison.

„Times“ melden aus Konstantinopel, daß die türkische Garnison von Irfra, die am 10. April 1920 in Trabesund von französischen Nationalisten überfallen wurde, von 450 Mann französischen eingeborenen Truppen unter europäischen Offizieren seien nur 100 Mann überleben geblieben.

Politische Rundschau.

— Berlin, 29. Mai 1920. In Anbetracht der am 21. Juni zusammengetretenen Konferenz in Spaß soll der neue deutsche Reichspräsident zehn Tage nach der Wahl, also am 16. Juni einberufen werden.

— Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in Paris nehmen einen betriebenden Verlauf. Auf beiden Seiten herrscht das deutlich erkennbare Bestreben, die Interessen der beiden Staaten zu einem gegenseitigen Schluß zu kommen.

— Unter dem Titel „Von Kiel bis Kapp“ läßt der hiesige Reichswehrminister Postle einen auf persönlichen Lebenslauf beruhenden Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution erscheinen.

— Eugen Ernst, der frühere Berliner Polizeipräsident, soll zum Polizeipräsidenten in Breslau ernannt sein.

— Zum Landrat für Schleusingen ist der frühere Sozialist Reich (Berlin), Mitglied der Reichstags-Landesversammlung, in Aussicht genommen.

— Als Nachfolger für den ausgeschiedenen Reichspräsidenten von Hannover, Richter, ist der sozialdemokratische Abgeordnete früherer Reichstagsminister Schäkel in Aussicht genommen.

— Der Ausnahmezustand aufgehoben. Der Reichspräsident hat die auf Grund des Artikels 48 erlassenen Ausnahmeverordnungen für folgende Bezirke aufgehoben: Berlin, Brandenburg, Pommern, die früheren Provinzen Westpreußen und Posen, für die Rheinprovinz, Hannover, Hessen-Nassau sowie für die Rheinprovinz, außer dem Regierungsbezirk Düsseldorf, für die Provinzen Mecklenburg, Braunschweig, Thüringen, Anhalt, Wabed, Lippe-Deimold, Schaumburg, Anhalt, die Hansestädte. Im Freistaat Sachsen, im Regierungsbezirk Bamberg und in Thüringen, mit Ausnahme von Gotha, bestehen die Ausnahmeverordnungen nicht.

— Die Provinzen Ostpreußen, Schlesien und die Provinz Sachsen sind noch ein näherer Bericht vor der Entscheidung vorbehalten. Die Entscheidung soll in den nächsten Tagen erfolgen. — Dieser Erlaß entspricht den Wünschen des Reichsministers Koch in der Nationalversammlung, wonach die allgemeine Aufhebung des Ausnahmezustandes zurzeit noch nicht möglich ist. Waren die bereits oben erwähnten Gebiete, Gotha und Thüringen, die Ausnahmeverordnungen von dem Reichspräsidenten nicht betroffen.

— Die vertagte Internationale Konferenz zweiter Zone. Reichsminister des Auswärtigen hat in einer Unterredung mit einem Pressevertreter sein größtes Bestreben darüber ausgesprochen, daß die dänische Ministerpräsident in einem Augenblick, wo die Entscheidung der schiedsgerichtlichen Frage in der Zukunft verknüpft werden soll, es für jetzt unmöglich findet, die Frage der Internationalisierung der zweiten Zone vorzuführen und zu verhandeln, daß er eine Vertagung der Internationalisierung zum Zweck der Förderung dieser Frage nach Paris entsandt habe. Minister Dr. Brücker hat demgegenüber mit aller Entschiedenheit, daß die Internationalisierung mit dem Friedensvertrag nicht vereinbar sei. Der Friedensvertrag enthält keinerlei Bestimmungen über diese Möglichkeit, und die dänische Regierung habe über nichts abgetunt, als ihre Zuneigung zu Deutschland und zu Dänemark. Das dänische Volk sollte einschärfen, daß es für die Zukunft auf seinem Interesse bestehe, in diesem Moment kein Unrecht gegenüber Deutschland zu tun. Solches Unrecht würde fortwährend Mitleid und Gegenstände zwischen den beiden Nationen schaffen.

— Keine Umstrukturierung für Schlefien. In der Meldung einer Breslauer Tageszeitung über die neue Umstrukturierung in Schlefien wird von einer Stelle bemerkt, daß ein Grund zu irgendwelcher Umstrukturierung der schlesischen Bevölkerung nicht besteht. Bei einer Verlegung mit dem Regierungskommando wurde die Behauptung, daß Breslau zum Zweck der neuen militärischen Aufstellung von Truppen umzuwandeln, vom Generalkommando auf das energigste abgelehnt. Jede Umstrukturierung des schlesischen Bevölkerungsbereiches ist sich um Umformungen und Verchiebungsbereiches. Die Aufhebung des Heeresbestandes auf 200 000 Mann, die bis zum 25. Mai stattfinden hat, sind. Eine aus Vertretern der Koalitionsparteien des Republikanischen Führerbundes gebildete Kommission wird sich bezüglich der Möglichkeit dieser Umstrukturierung äußern. — Ebenso wurde die Behauptung, daß die Umstrukturierung der schlesischen Bevölkerung als ein Ziel angesehen werden.

— Aufhebung von Offizieren. Vom Reichswehrministerium wird gemeldet: Der Untersuchungsrichter im Wehrministerium hat weitere 59 Fälle erledigt, die vom Reichswehrminister entschieden sind. Von 200 Entlassenen und Ueberweilungen der Alten an den 1. September bezogen.

— Aufhebung von Offizieren. Vom Reichswehrministerium wird gemeldet: Der Untersuchungsrichter im Wehrministerium hat weitere 59 Fälle erledigt, die vom Reichswehrminister entschieden sind. Von 200 Entlassenen und Ueberweilungen der Alten an den 1. September bezogen.

— Aufhebung von Offizieren. Vom Reichswehrministerium wird gemeldet: Der Untersuchungsrichter im Wehrministerium hat weitere 59 Fälle erledigt, die vom Reichswehrminister entschieden sind. Von 200 Entlassenen und Ueberweilungen der Alten an den 1. September bezogen.

— Aufhebung von Offizieren. Vom Reichswehrministerium wird gemeldet: Der Untersuchungsrichter im Wehrministerium hat weitere 59 Fälle erledigt, die vom Reichswehrminister entschieden sind. Von 200 Entlassenen und Ueberweilungen der Alten an den 1. September bezogen.

— Aufhebung von Offizieren. Vom Reichswehrministerium wird gemeldet: Der Untersuchungsrichter im Wehrministerium hat weitere 59 Fälle erledigt, die vom Reichswehrminister entschieden sind. Von 200 Entlassenen und Ueberweilungen der Alten an den 1. September bezogen.

— Aufhebung von Offizieren. Vom Reichswehrministerium wird gemeldet: Der Untersuchungsrichter im Wehrministerium hat weitere 59 Fälle erledigt, die vom Reichswehrminister entschieden sind. Von 200 Entlassenen und Ueberweilungen der Alten an den 1. September bezogen.

— Aufhebung von Offizieren. Vom Reichswehrministerium wird gemeldet: Der Untersuchungsrichter im Wehrministerium hat weitere 59 Fälle erledigt, die vom Reichswehrminister entschieden sind. Von 200 Entlassenen und Ueberweilungen der Alten an den 1. September bezogen.

— Aufhebung von Offizieren. Vom Reichswehrministerium wird gemeldet: Der Untersuchungsrichter im Wehrministerium hat weitere 59 Fälle erledigt, die vom Reichswehrminister entschieden sind. Von 200 Entlassenen und Ueberweilungen der Alten an den 1. September bezogen.

Ruhe und Ordnung
Treue und Glauben
Recht und Gesetz

Der kommende Reichstag

auf's neue im deutschen Volke verankern.

Dafür werden sich einsetzen und mit Erfolg kämpfen die Kandidaten der

Deutschen Demokratischen Partei

Ihr Programm und noch mehr ihre grundsätzliche Auffassung von dem, was jetzt dem deutschen Volke not tut, bürgt für diesen Erfolg.

Sie bekämpft Jede Klassenpolitik und jede Klassenherrschaft von links oder rechts
Jeden Kastengeist und Standesbünfel
Jeden Konfessionellen Haber.

Darum lehnt sie ab jede Unterfützung rein kapitalistischer Interessen, sei es des Großgrundbesitzes oder der Schwerindustrie, darum lehnt sie genau und bestimmt ab jede Unterfützung rein sozialistischer Interessen, ob sie offen oder verhüllt vertreten werden; darum lehnt sie ab jeden Antisemitismus ebenso, wie die Benutzung staatlicher Einrichtungen zur Erreichung kirchlicher Ziele.

In dem gerechten Ausgleich der Ansprüche, die von den verschiedenen Klassen und Ständen des Volkes gegeneinander erhoben werden, steht die Deutsche Demokratische Partei die einzig mögliche Grundlage

zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens, zum Wiederaufstieg unseres deutschen Volkes.

Ob wir aufbauen können, was zerstört ist, muß das tiefe Mißtrauen schwinden zwischen „Arbeiter“ und „Bürger“, zwischen Stadt und Land, muß die unüberbrückbare Kluft sich schließen, die verlorener Krieg und verfehlte Innenpolitik aufgerissen haben zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen den sogenannten „Gebildeten“ und der „großen Masse.“

Dies kann nur geschehen auf der Grundlage der wahren Demokratie, die, von rein kapitalistischer wie rein sozialistischer Machtpolitik gleich weit entfernt, einzig dem

Sozialen Gedanken

dient, jedem den Lohn reiner Arbeit und das Verdienst reines Strebens zu sichern.

Diese reine Demokratie
Diese wahre Volksherrschaft

Deutsche demokratische Partei

im guten Sinne des Wortes.

Wer diesem gesunden Grundsatz folgen will,
wer mitmarschieren will auf dieser guten Mittelstraße,

Der schließe sich an,
Der besuche die Versammlungen,
Der befrage d. Vertrauensmänner,
Der prüfe ernsthaft und sachlich die Haltung

und wähle am 6. Juni deren

Liste Schücking-Trieschmann

Die **gute** Ware liefert Höhl : Etagengeschäft in Cassel, große Rosenstr. 12 II

Casseler Tageblatt

eine deutsche u. freiheitliche
Tageszeitung großen Stils

Größter Depeschendienst — Vielseitiger Inhalt
Wirksamstes Anzeigenblatt

Besonders wertvoll für alle Leser in der Provinz:
Ausgabe B: ein reichhaltiges Morgenblatt

(Versand nachts) 7 mal wöchentlich erscheinen
zum gleichen Preise wie alle anderen
Casseler Morgenzeitungen.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen.

Bruchheilung

operationslos
auf naturgemäßem Wege
ohne Berufsstörung.

Spezialarzt Dr. med. Bäumges

aus Köln a. Rh., Altenbergerstraße 21
hält Sprechstunde vorm. von 8-12 1/2 Uhr
am Samstag, den 29. Mai 1920, in
Kassel Hotel Hessischer Hof
Bahnhofstraße 25.

la. dopp. gef.

Leinöl-Firnis

wieder eingetroffen bei
Sal. Spangenthal Nachf.
Feinprecher Nr. 18

Reichstagswahl.

1. Der Wahlbezirk Spangenberg ist aus der Stadtgemeinde Spangenberg und dem Fortgutsbezirk Spangenberg gebildet.
2. Es sind ernannt:
zum Wahlvorsteher Bürgermeister Schier zu Spangenberg, zu seinem Stellvertreter Beigeordneter Heinrich Stein zu Spangenberg.
3. Als Wahlraum ist das Sitzungszimmer des Rathauses zu Spangenberg bestimmt.
4. Die Reichstagswahl findet Sonntag, den 6. Juni 1920 statt. Die Wahlhandlung beginnt um 8 Uhr

vormittags und endet um 6 Uhr nachmittags.
Spangenberg, den 18. Mai 1920.
Der Magistrat, Schier.

Bekanntmachung.

In der Woche vom 23.-29. ds. Mts. gelangen neben 50 Gr. Frischfleisch 50 Gr. Speck zum Preise von 1.40 Mk. je Fleischarte zur Verteilung. Die auf den Bezirk Spangenberg entfallende Menge beträgt 85 Kgr. Spangenberg, den 25. Mai 1920.

Die Fleischverteilungsstelle:
J. W. Stein.

Deutsche Kernseife deutsche Feinseife

zu den behördlich festgesetzten Preisen, bei Umstellung der Auftragserteilung promptly lieferbar. — Aufhebung erfolgt gegen Nachnahme oder Vorkauf des Betrages.

Victor Wolf, Seifenfabrik
Schlüchtern.

D. R. P. angem.
D. R. G. M. 684 688 D. R. P. 3. 225 12

Trockenfeuerlöscher BRANDEX

Jederzeit betriebsbereit
Leichte Handhabung
Keinerlei Wasser- u. Materialschäden
Keine Explosionsgefahr
Billige Anschaffung

Preis pro Apparat Mk. 30.-
pro Ersatzpatrone Mk. 15.-

Vertreterbesuch kostenlos.

Bezirksvertretung
Carl Lotz,

Cassel, Bahnhofstr. 8
Abteilung Trockenfeuerlöscher

Tel. 261 Tel.-Adr. Carl Lotz

J. Ziegler's

Privat-Handelsschule

CASSEL, Rönischstraße 8

Fernsprecher 2590

Begründet in Cassel 1898.

Täglich beginnen f. Personen aller in Cande (Damen wie Herren) neue Kurse in einfacher, dopp., amerik., landwirtsch. u. Hotel-Buchführung, Wechsel- und Handelslehre, Schön-, Recht- u. Briefschreiben, Rund- u. Lackschrift, Rechnen, Stenographie u. Maschinenschreiben.

Der gute Ruf der Schule bürgt für einen sicheren Erfolg.
Lehrplan umsonst.